

NACHRICHTEN

Abstimmungsvorlagen
irrtümlich zugestellt

VADUZ – Am Donnerstag, 26. Februar 2004, hat die mit dem Druck der Abstimmungsvorlagen für die beiden Referendumsabstimmungen vom 2. / 4. April 2004 beauftragte Druckerei die Unterlagen irrtümlicherweise allen Haushaltungen zugestellt. Die Regierungskanzlei bittet die Bevölkerung, die beiden Abstimmungsvorlagen zu ignorieren. Den Stimmberechtigten werden die Abstimmungsvorlagen wie üblich zusammen mit dem Abstimmungsmaterial Ende März von der jeweiligen Gemeinde erneut zugestellt. (paf)

Infoveranstaltung Referenden
Sicherheitszentrum und NBU

ESCHEN – Am 2. und 4. April findet eine Volksabstimmung zu zwei Referenden statt. Einerseits handelt es sich dabei um das Referendum gegen den Erweiterungsbau des Sicherheitszentrums Liechtenstein und andererseits um das Referendum gegen die Aufhebung des Landesbeitrags an die Prämien der Nichtberufsunfallversicherung (NBU). An der Informationsveranstaltung vom 27. Februar im Gemeindesaal Eschen wird Regierungschef Otmar Hasler die wichtigsten Argumente darlegen, die gegen diese Referenden sprechen. Er wird aufzeigen, wie wichtig das Sicherheitszentrum für das Land und die Einwohner Liechtensteins ist und weshalb die Aufhebung des Landesbeitrags an die NBU ein notwendiger Schritt ist.

Sicherheitszentrum

Der Erweiterungsbau Sicherheitszentrum ist die konsequente Umsetzung eines einstimmigen Landtagsentscheids aus dem Jahr 2001. Mit dem Sicherheitszentrum können überparteilich anerkannte Probleme langfristig gelöst werden und funktionelle Mängel im bestehenden Gebäudekomplex von Landespolizei, Untersuchungsgefängnis und Ausländer- und Passamt behoben werden. Das Sicherheitszentrum trägt dazu bei, dass Liechtenstein auch künftig ein hohes Mass an innerer Sicherheit geniessen wird.

Aufhebung Landesbeitrag an die NBU

Der Landtag hat am 28. November 2003 beschlossen, die Subventionierung der Nichtberufsunfall-Prämien abzuschaffen. Grund dafür sind die rückläufigen Staatseinnahmen einerseits und die undifferenzierte Subvention andererseits. Da auch Liechtenstein mehr und mehr darauf achten muss, alle laufenden Ausgaben kritisch zu überprüfen, will die Regierung am Landtagsbeschluss festhalten. Die Abschaffung der nicht mehr zeitgemässen staatlichen NBU-Subventionierung trägt mit dazu bei, das hohe Niveau und die Qualität des liechtensteinischen Sozialsystems für die Zukunft zu sichern. Die Ortsgruppe Eschen der Fortschrittlichen Bürgerpartei lädt daher im Rahmen der Volksabstimmung vom 2. und 4. April 2004 alle Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Eschen zu einer Informationsveranstaltung mit Regierungschef Otmar Hasler ein. Ab 19.30 Uhr erhalten heute alle Interessierten die Gelegenheit, sich im Gemeindesaal über die Fakten zu diesen Referenden zu informieren.

FBP-Ortsgruppe Eschen

Damit wir uns auch in
Zukunft sicherfühlen können

VADUZ – Die innere Sicherheit muss auch in Zukunft optimal gewährleistet sein. Unsere Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf bestmöglichen Schutz. Auch in Liechtenstein ist eine erhöhte Kriminalität festzustellen. Suchtprobleme, Gewalt unter Jugendlichen, und häusliche Gewalt betreffen besonders die Familien. Diese Tatsachen verlangen eine Auseinandersetzung mit den realen Fakten bezüglich Personal und Infrastruktur unserer Polizei. Heute um 19 im Polizeigebäude Vaduz erhalten wir Informationen aus erster Hand. Wir hoffen, dass uns viele Frauen und Männer an diese Veranstaltung begleiten, sich an der Diskussion beteiligen und kritische Fragen stellen.

Vorstand der Frauen in der FBP

Falschaussagen auf Kosten
einer ehrlichen Diskussion

Mein Standpunkt: Von Helmut Bühler, FBP-Landtagsabgeordneter

Vertreter der VU haben in den vergangenen Tagen verschiedentlich versucht, durch Falschaussagen zum Sicherheitszentrum Verwirrung in der Öffentlichkeit zu stiften. Da diese parteipolitischen Manöver auf Kosten einer ehrlichen Diskussion und letztlich der inneren Sicherheit gehen, müssen einige dieser Falschaussagen richtig gestellt werden.

Der VU-Abgeordnete Walter Vogt äusserte sich im Vaterland vom 21. Februar 2004 zum Erweiterungsbau des Sicherheitszentrums. Darin gibt er verschiedene Sachverhalte falsch oder entstellt wieder.

Walter Vogt: Entstellte
Sachverhalte

Phantom-Inserate

So schreibt der Abgeordnete Vogt in seinem Artikel über das Sicherheitszentrum, dass seit Wochen mit Steuergeldern Inserate geschaltet würden. Diese Aussage ist offenkundig falsch, da bis anhin kein einziges Inserat für den Erweiterungsbau geschaltet wurde. Jede andere lautende Information ist unzutreffend und dient lediglich dem Zweck, Verwirrung zu stiften.

Soll bewusst Verwirrung
geschaffen werden?

Kein reiner FBP-Entscheid

Walter Vogt wirft der FBP-Fraktion zudem vor, das Sicherheitszentrum kritisch mit 13 Stimmen durch den Landtag «gedrückt» zu haben. Hierbei scheint der Abgeordnete Vogt zu übersehen, dass der



Helmut Bühler: «Walter Vogt und andere Exponenten der VU geben Sachverhalte falsch oder entstellt wieder.»

Landtag im Dezember 2003 mit 16 Stimmen «Ja» gesagt hat zum Sicherheitszentrum. Von einem «Machtgehe der FBP-Mehrheitsfraktion» oder einer «Friss-oder-stirb-Strategie» kann folglich keine Rede sein, da sich auch Vertreter der VU für den Verpflichtungskredit ausgesprochen haben.

16 Befürworter, nicht
13 FBP-Stimmen

Ehrliche Informationen

Walter Vogt schreibt, dass schamlos «die emotionale Ebene der Angstmacherei» benutzt werde. Dem ist zu entgegnen, dass sich FBP und Regierung ihrer Verantwortung stellen und transparent über bestehende und künftige Probleme informieren. Dass die Anforderungen an die Sicherheitspolitik ständig steigen, zeigt sich auch im

Ausland: Die Schweizer Medien berichten derzeit beispielsweise intensiv, dass die Polizei angesichts neuer Herausforderungen am Anschlag sei und dringender Handlungsbedarf bestehe.

Liechtenstein ist ein sicheres Land, damit dies aber auch morgen noch uneingeschränkt zutrifft, muss bereits heute gehandelt werden. Daher setzen sich Landtag und Regierung für das Sicherheitszentrum ein. Der Vorwurf der Angstmacherei blendet folglich den offensichtlichen Handlungsbedarf aus und verharmlost bestehende Probleme.

Keine Angstmacherei:
Vorarbeit für Zukunft

Teuerungsberichtigt billiger

Der Abgeordnete Vogt spricht in seinem Beitrag des Weiteren

von «horrenden Gestehungskosten» für das Sicherheitszentrum. Damit übersieht er aber, dass der geplante Bau teuerungsberichtigt billiger kommt, als der ursprüngliche Gebäudekomplex aus dem Jahr 1991.

Wirtschaftliche und
schlanke Lösung

Das Sicherheitszentrum ist nämlich eine wirtschaftliche und schlanke Lösung. So konnten die ursprünglich vorgesehenen Kosten durch eine effiziente Projektplanung um rund 20 Mio. Franken auf 31,5 Mio. Franken gesenkt werden.

Entsprechend fiel damals im Landtag seitens der VU gar der Begriff «Sparvariante». Auch in diesem Punkt blendet Walter Vogt in seinen Überlegungen demgemäss wesentliche Fakten aus.

Sich schlau machen – vor Ort und aus erster Hand

Polizeigebäude Vaduz: Die FBP lädt zu einem offenen Dialog ein

VADUZ – «Hinter d'fassada luaga»: Diese Gelegenheit bietet sich heute um 19 Uhr allen Interessierten, die sich ein Bild zum geplanten Sicherheitszentrum Liechtenstein machen möchten. Sicherheit geht alle an, nicht zuletzt auch, wenn man den Aspekt von Familien und Kindern einbezieht.

• Peter Kindle

Die Frauen in der FBP laden heute Abend um 19 Uhr alle Interessierten ins bestehende Polizeigebäude ein, um in einem offenen Dialog das geplante Sicherheitszentrum aus Sicht von Familien mit Kindern zu diskutieren. So findet ein Podiums- und Publikumsgespräch zu den Themen Gewaltprävention, Schulwegsicherung – Verkehrserziehung und Drogenprävention statt.

Zukunft geht alle etwas an

«Das geplante Sicherheitszentrum geht uns alle etwas an» so Christa Eberle, Vorsitzende der Frauen in der FBP, gegenüber dem Volksblatt. Darum wolle man allen die Gelegenheit bieten, mit Fachpersonen zu diskutieren, und um

Fragen zu stellen. Christa Eberle erwartet, dass jeder – nach dem Besuch – die Organisation der Landespolizei, ihre Aufgabenbereiche und ihre Einsatzgebiete kennt.

Fokus auf Familien mit Kindern

Christa Eberle möchte bei der Diskussion den Fokus vor allem auf Familien mit Kindern legen: so soll auch die Frage geklärt werden, welche künftigen Kriminalitätsfel-

der besonders Frauen, Kinder und Jugendliche bedrohen. «Und schliesslich geht es mir um die zentrale Frage, wie die Sicherheit der Bevölkerung auch in Zukunft gewährleistet werden kann.»

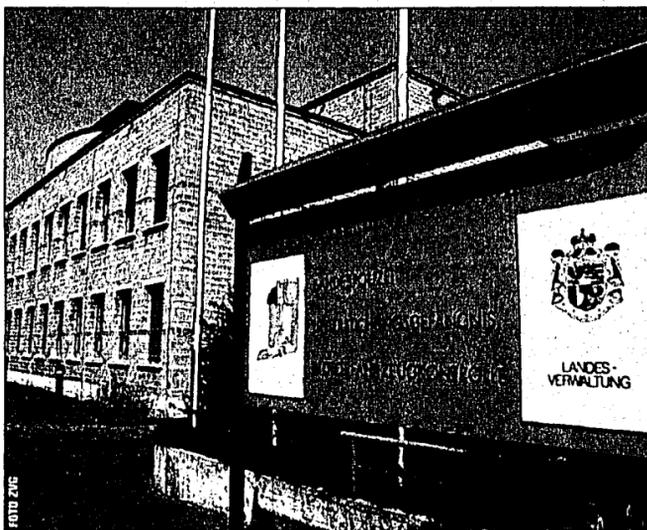
Spezialisten vor Ort

Martin Meyer, interimistischer Polizeichef, hielt gestern Abend gegenüber dem Volksblatt fest, dass er sich sehr freue, mit den interes-

sierten Besuchern einen transparenten Dialog führen zu dürfen.

Neben Regierungsrat und Innenminister Alois Ospelt würden er selbst sowie auch weitere Spezialisten aus den einzelnen Abteilungen der Landespolizei für Fragen und Gespräche zur Verfügung stehen.

Christa Eberle: «Es muss die Frage erlaubt sein, was ein Nein zum Sicherheitszentrum bedeuten würde.»



Ein offener Dialog findet heute im Polizeigebäude statt.

FACTBOX

«Hinter d'fassada luaga»: Die Frauen in der FBP laden alle Interessierten ein, das Polizeigebäude zu besichtigen. Der Besuch soll Gelegenheit bieten, sich ein Bild vor Ort zu machen und sich aus erster Hand zu informieren.

Treffpunkt: Polizeigebäude
Zeit: Heute, 19 Uhr

Ein Podiums- und Publikums-
gespräch findet zu folgenden
Themen statt:

- Gewaltprävention
- Schulwegsicherung
- Drogenprävention